

Schriften zum Umweltrecht

Band 211

Instrumente zur Bekämpfung von Warenvernichtung

**Eine Analyse der Obhutspflicht im KrWG
und unionsrechtlicher Bestrebungen**

Von

Sina Greb



Duncker & Humblot · Berlin

SINA GREB

Instrumente zur Bekämpfung von Warenvernichtung

Schriften zum Umweltrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Michael Kloepfer, Berlin

Band 211

Instrumente zur Bekämpfung von Warenvernichtung

Eine Analyse der Obhutspflicht im KrWG
und unionsrechtlicher Bestrebungen

Von

Sina Greb



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster hat diese Arbeit
im Jahre 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D6

Alle Rechte vorbehalten
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: Klaus-Dieter Voigt
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0935-4247

ISBN 978-3-428-19349-3 (Print)
ISBN 978-3-428-59349-1 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2024 von der Juristischen Fakultät der Universität Münster als Dissertation angenommen. Ihr liegt der Stand der Rechtsprechung und Literatur bis Juni 2023 zugrunde. Die am 18. Juli 2024 auf europäischer Ebene in Kraft getretene Ökodesign-Verordnung konnte daher nur in ihrer Entwurfsfassung in der Arbeit Berücksichtigung finden.

Mein erster Dank gilt meiner Doktormutter, Frau Prof. Dr. Sabine Schlacke, für die Übernahme der Betreuung und das mir entgegengebrachte Vertrauen bei der Erstellung dieser Arbeit. Herrn Prof. Dr. Fabian Wittreck danke ich für die äußerst zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Diese Arbeit wurde durch ein Stipendium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Die Doktorarbeit war Teil eines interdisziplinären Promotionskollegs *circular economy*. Bei allen Mitgliedern und den Verantwortlichen bedanke ich mich für den interessanten und motivierenden Austausch und die anregenden Diskussionen über vielfältige fachliche Themen mit dem Bezug *circular economy*. Ich danke der DBU für die großzügige Unterstützung und Herrn Dr. Volker Berding sowie Frau Heike Stock für die hervorragende Betreuung.

Ich danke meiner Familie, die immer an das Gelingen und den Abschluss dieser Arbeit geglaubt hat. Leider hat mein Großvater die Fertigstellung nicht mehr miterlebt. Ich weiß, dass er immer sehr stolz auf mich war und dass er diese Arbeit mit großer Freude in den Händen gehalten und sie wahrscheinlich sogar komplett gelesen hätte.

Ein besonderer Dank gilt meinen Eltern, die meine Entscheidungen stets mitgetragen und mich in der Verwirklichung meiner Ziele mit großem Vertrauen bestärkt haben. Durch ihr Vorbild und ihre Unterstützung habe ich den Mut und die Ausdauer gefunden, jeden Schritt zu gehen, der mich dorthin gebracht hat, wo ich heute bin. Meiner Mutter gebührt ein besonderer Dank für das unermüdliche Korrekturlesen des gesamten Manuskripts.

Darüber hinaus bin ich all meinen Freundinnen und Freunden sehr dankbar, die auf unterschiedliche Art und Weise zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben – sei es durch motivierende und unterstützende Gespräche, durch gemeinsame Bib-Tage oder durch das kritische Lesen meiner Arbeit. Die Promotionszeit wäre nur halb so schön gewesen, wenn ich nicht so viele tolle Menschen an meiner Seite gehabt hätte. Ein ganz besonderer Dank gilt meinem Partner Aaron für

die Ruhe und Gelassenheit, mit der er mich und dieses Projekt begleitet hat, für das Teilen jeder Freude und das Aushalten und Auffangen aller Tiefen, die damit verbunden waren, sowie überhaupt für die liebevolle Unterstützung in jeglicher Hinsicht.

Köln, im August 2024

Sina Greb

Inhaltsverzeichnis

Teil 1

Einleitung	21
A. Wegwerfgesellschaft und Ressourcenschutz	21
B. Ziel, Anlass und Gegenstand der Untersuchung	25
C. Gang der Untersuchung	27
D. Begriffsbestimmungen und Kontextualisierung	28
I. Begriffsbestimmung	28
1. <i>Circular economy</i> und Kreislaufwirtschaft	28
2. Ware	31
3. Vernichtung	31
4. Retouren	32
II. Kontextualisierung	32
1. Beitrag zum Ressourcenschutz	32
2. Verwirklichung des <i>European Green Deal</i>	34

Teil 2

Rechtlicher Rahmen und geplante Regelungen für den Umgang mit Warenvernichtung	35
A. Obhutspflicht und Verordnungsermächtigungen im KrWG	35
I. Obhutspflicht im Sinne des § 23 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Nr. 11 KrWG	35
1. Inhalt der Regelung	35
2. Auslegung von § 23 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Nr. 11 KrWG	36
a) Wortlaut der Norm als Ausgangspunkt der Auslegung	36
aa) Konsistente Begriffsverwendung im KrWG	36
(1) Erzeugnisse	37
(2) Abfall und Abfallvermeidung	37
(a) Der subjektive Abfallbegriff	39
(aa) Tatbestände tatsächlicher Entledigung	40
(bb) Der Wille zur Entledigung	43
(cc) Erkenntnisse aus der sog. Altkleiderrechtsprechung	45
(b) Der objektive Abfallbegriff	47

(c) Vorgaben aus der EuGH-Rechtsprechung	48
(aa) Das Urteil des EuGH im Fall <i>Tronex</i>	48
(bb) Schlussantrag der Generalanwältin	50
(cc) Schlussfolgerung	51
(d) Ende der Abfalleigenschaft und Vorbereitung zur Wiederverwendung	52
(e) Zwischenfazit: Beginn der Abfalleigenschaft als äußere Grenze	53
(3) Begriffsverständnis „Rücknahme und Rückgabe“	55
(4) Zwischenfazit	56
bb) Bedeutungsgehalt nach allgemeinem Sprachgebrauch	57
(1) Wortsinn Obhutspflicht	57
(2) Vertrieb von Erzeugnissen	58
(3) Gebrauchstauglichkeit	60
(4) „Erhalten“ der Gebrauchstauglichkeit	61
cc) Grammatikalische Verknüpfung: Gesetzeswortlaut nicht abschließend	61
dd) Zwischenfazit: Aussagegehalt des Wortlauts	62
b) Genetische Auslegung	63
aa) Einführung des § 23 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Nr. 11 KrWG durch Novelle des KrWG	63
bb) Unterschiedliche Positionen im Gesetzgebungsprozess	64
(1) Unbestimmtheit und fehlende Verbindlichkeit der Regelung	64
(2) Weitere Schwierigkeiten des § 23 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Nr. 11 KrWG	66
cc) Gesetzesbegründung	67
(1) Keine unmittelbare Rechtswirkung	67
(2) Konkretisierung von § 23 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Nr. 11 KrWG	68
dd) Zwischenfazit	69
c) Systematische Auslegung	70
aa) Keine direkte Pflicht durch § 23 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Nr. 11 KrWG	70
(1) Grundnorm der Produktverantwortung	70
(2) Rechtscharakter des § 23 KrWG	72
(a) Keine Rechtsfolge in § 23 Abs. 1, 2 KrWG	72
(b) Keine Durchsetzbarkeit mit Hilfe von § 62 KrWG	73
(c) Abstrakte Pflicht ohne Durchsetzungsmöglichkeit	75
(d) Zwischenfazit	81
bb) Konkretisierung durch normatives Umfeld	82
cc) Verweis auf die „Rückgabe und Rücknahme“ in § 23 Abs. 2 Nr. 11 KrWG	82

dd) Zwischenfazit: Standort innerhalb der Produktverantwortung ...	83
d) Teleologische Auslegung	84
aa) Ziel der Obhutspflicht	84
(1) Erhaltung der Gebrauchstauglichkeit als vorrangiges Ziel ..	85
(2) Zeitliche Konkretisierung	86
(3) Erkenntnisse hinsichtlich der Verpflichteten	87
(4) Erfasste Erzeugnisse	88
bb) Unionsrechtlicher Einfluss	88
(1) Art. 8, 8a und 9 AbfRRL als Grundlage	89
(2) Unionsrechtliches Beispiel: Lebensmittel	90
cc) Zwischenergebnis	91
e) Fazit zur Auslegung	91
II. Bestimmung eines potenziellen Anwendungsbereichs einer konkretisierenden Verordnung	92
1. Zweck des § 24 Nr. 10 KrWG	93
2. Inhalt und Reichweite der Verordnungsermächtigung	93
a) Ergänzende systematische Auslegung	93
aa) Normatives Umfeld	94
bb) Abgrenzung zu anderen die Produktverantwortung konkretisierenden Rechtsakten	94
(1) Auswahl der zu analysierenden Rechtsakte und Bewertungsmaßstab	94
(2) Verpackungsgesetz	98
(a) Ziele, erfasste Erzeugnisse und Maßnahmen	98
(b) Verpflichtete und zeitlicher Anwendungsbereich	100
(c) Erkenntnisse für die Obhutspflicht	102
(3) Elektro- und Elektronikgerätegesetz	103
(a) Ziele und Maßnahmen	104
(b) Erfasste Erzeugnisse	104
(c) Zeitlicher Anwendungsbereich und Verpflichtete	105
(d) Abgrenzung zur Vorbereitung zur Wiederverwendung ..	106
(e) Erkenntnisse für die Obhutspflicht	107
(4) Divergenz der in den Rechtsakten verwendeten Definitionen	108
(5) Zwischenfazit	109
cc) Zwischenergebnis	109
b) Generelle Anforderungen an konkretisierende Regelwerke	110
c) Optionen eines potenziellen Anwendungsbereichs	112
aa) Stoffstromunabhängige Abfallvermeidung	112
bb) Zeitlicher Anwendungsbereich	113
(1) Einbeziehung von Lagerware	113
(2) Keine Einbeziehung von Abfällen	115

cc) Funktionelle Bestimmung der Verpflichteten	116
(1) Unmittelbar Verantwortliche	117
(2) Mittelbar Verantwortliche	117
(3) Einbeziehung von Akteurinnen aus dem Ausland	119
(4) Notwendigkeit neuer Begriffsbestimmungen im Rahmen der Obhutspflicht	119
3. Zwischenfazit	119
III. Transparenzanforderungen im Sinne des § 25 Abs. 1 Nr. 9 KrWG	120
1. Zweck des § 25 Abs. 1 Nr. 9 KrWG	120
2. Inhalt und Reichweite der Verordnungsermächtigung	120
a) Wortlautauslegung	121
b) Genetische Auslegung	122
c) Systematische Auslegung	124
d) Teleologische Auslegung	125
e) Zwischenfazit	127
IV. Wertende Gesamtbetrachtung der deutschen Vorschriften zur Warenvernichtung	128
B. Bekämpfung der Warenvernichtung im Verordnungsentwurf der EU-Kommission	129
I. Stand des Rechtsetzungsverfahrens des Verordnungsentwurfs	130
II. Transparenzanforderungen im Sinne des Art. 20 Abs. 1, 2 VO-E	132
1. Inhalt und Ziel der Regelung	132
2. Sachlicher Anwendungsbereich und Verpflichtete	133
3. Umfang	134
4. Art und Weise der Offenlegung und Kontrolle	135
5. Vergleich zur deutschen Rechtslage	136
6. Zwischenfazit	138
III. Vernichtungsverbot mit Offenlegungspflicht im Sinne des Art. 20 Abs. 3, 5 VO-E	138
1. Inhalt der Regelungen	138
2. Vernichtungsverbot im Rahmen delegierter Rechtsakte	139
a) Normkonkretisierung des Art. 20 Abs. 3 VO-E	140
aa) Definition „Vernichtung“	140
(1) Abfallbegriff nach der EuGH-Rechtsprechung	140
(2) Entsorgung als Abfall	142
(3) Einschränkungen der Vernichtungsdefinition	143
(a) Vorbereitung zur Wiederverwendung	143
(b) Wiederaufarbeitung	145
(c) Zwischenfazit	147
(4) Vorsätzliche Beschädigung	147

bb) Zwischenfazit	148
b) Einschränkungen und Ausnahmen zum Verbot	149
c) Verlagerung auf delegierte Rechtsakte	152
3. Alternative Offenlegungspflicht nach Art. 20 Abs. 5 VO-E	154
4. Zwischenfazit	155
IV. Zwischenfazit zu geplanten unionsrechtlichen Regelungen	155
C. Fazit: Derzeit unzureichende Rechtslage zur Bekämpfung der Warenvernichtung	156

Teil 3

Entwicklung und Bewertung von Steuerungsinstrumenten zur Bekämpfung der Warenvernichtung	158
A. Methodische Vorüberlegungen für die weitere Untersuchung	158
I. Notwendigkeit und Mehrwert der Festlegung eines Analyserahmens	159
II. Steuerungstheoretischer Ansatz zur Bewertung von Instrumenten	161
1. Ursprung und Entwicklung aus anderen Disziplinen	161
2. Grundannahmen einer Steuerung durch Recht	163
a) Recht als Steuerungsinstrument	163
b) „Komplexitätsdilemma“ im Umweltrecht	164
c) Veränderungen in der staatlichen Aufgabenwahrnehmung	166
d) Analyse von Wirkungszusammenhängen	168
3. Ergänzung durch Governance und Regelungsstrukturen	171
4. Zwischenfazit und Grenzen des methodischen Ansatzes für die Unter- suchung	173
a) Aufgabenbewältigung im Umweltrecht	173
b) Grenzen und Risiken des theoretischen Fundaments	174
c) Eingeschränkte Bedeutung der Rechtswirkungsforschung	175
III. Systematisierung und Kategorisierung von Steuerungsinstrumenten	176
1. Systematisierung nach Steuerungsarten	176
2. Kategorisierung von Steuerungsinstrumenten im Umweltrecht	177
a) Instrumente direkter Verhaltenssteuerung	179
aa) Gesetzliche Verbote und Beschränkungen	179
bb) Umweltpflichten	179
cc) Administrative Kontrollinstrumente	180
dd) Vor- und Nachteile der direkten Verhaltenssteuerung	180
b) Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung	181
aa) Ökonomische Instrumente	182
bb) Informationelle Instrumente	185
cc) (Betriebs-)Organisatorische Instrumente	186
dd) Konsensuale Instrumente	187

ee) Vor- und Nachteile indirekter Verhaltenssteuerung	189
c) Instrumentenverbund und Belastungskumulation	190
3. Kriterien zur Auswahl eines geeigneten Steuerungsinstruments	193
B. Vernichtungsverbot im Verordnungsentwurf auf Unionsebene	195
I. Steuerungstheoretische Analyse des Vernichtungsverbots (Art. 20 Abs. 3 VO-E)	195
1. Direkte Verhaltenssteuerung durch ein Vernichtungsverbot	195
2. Tauglichkeit des Vernichtungsverbots zur Bekämpfung der Warenvernichtung	198
3. Zwischenfazit	201
II. Vereinbarkeit des Vernichtungsverbots mit Unionsgrundrechten	201
1. Prüfung am Maßstab der GRCh	201
2. Unternehmerische Freiheit	202
a) Instrument: Vernichtungsverbot	202
aa) Eingriff in den Schutzbereich	203
bb) Rechtfertigung	203
b) Instrument: Alternative Offenlegungspflicht	208
aa) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	209
bb) Gerechtfertigter Eingriff in Art. 16 GRCh	210
3. Eigentumsfreiheit	211
a) Eingriff in den Schutzbereich	212
b) Rechtfertigung	214
III. Gesamtbewertung	215
C. Die Obhutspflicht im KrWG	216
I. Vorüberlegungen einer instrumentellen Ausgestaltung der Obhutspflicht im Sinne des KrWG	217
1. Abgrenzung zu und Vorbildfunktion von bestehenden Steuerungsmechanismen zur Abfallvermeidung	217
a) Methodik und Maßstab der weiteren Analyse	217
b) VerpackG	219
aa) Besonderheit: Systembeteiligungspflicht	219
bb) Instrumente direkter Verhaltenssteuerung	223
cc) Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung	225
dd) Zwischenfazit	226
c) ElektroG	227
aa) Instrumente direkter Verhaltenssteuerung	227
bb) Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung	228
cc) Zwischenfazit	229
d) Steuerungstheoretische Bewertung in Bezug auf Abfallvermeidung ..	230
aa) VerpackG	230

bb) ElektroG	231
e) Zwischenfazit: Erkenntnisse für die Obhutspflicht	232
2. Inhaltliche Bestimmung der Obhutspflicht mithilfe anderer Rechtsinstitute	233
a) Bezug zur Pflicht des Nießbrauchers im BGB	233
b) Handelsrechtliche Parallelen	235
c) Zwischenfazit: Erkenntnisse für die Obhutspflicht	236
3. Steuerungstheoretische Anforderungen an Regelungen zur Obhutspflicht	237
a) Steuerungsbedarf und Einschränkung als Ergebnis der Auslegung ..	237
b) Die Auswahl möglicher Steuerungsinstrumente	238
aa) Die Auswahl des richtigen Steuerungsinstruments determinierende Faktoren	239
(1) Interessenlage	239
(2) Keine Vorgaben aus dem „Kooperationsprinzip“	240
(3) Legitimationssichernde Faktoren	241
bb) Keine umfassende (Rechts-)Wirkungsforschung	242
cc) Betrachtung ökonomischer Instrumente	242
(1) Lenkung durch Steuern	242
(2) Handelbare Umweltnutzungsrechte	244
(3) Subventionen	247
dd) Betrachtung informationeller Instrumente	248
ee) Betrachtung konsensualer Instrumente	249
ff) Betrachtung von Instrumenten mit direkter Verhaltenssteuerung ..	251
c) Zwischenergebnis	252
II. Optionen zur instrumentellen Ausgestaltung der Obhutspflicht am Maßstab des KrWG	252
1. Allgemeine Anforderungen an den Vertriebsprozess	252
2. Die Obhutspflicht als abgestufter Mechanismus	253
a) Uneingeschränkte Prüfpflicht	253
aa) Institutionalisierung der Rechtsprechung	253
bb) Voraussetzungen und Ablauf der Prüfpflicht	255
(1) Zusammenhang zur Abfalleigenschaft	255
(2) Konkrete Ausgestaltung	255
b) Weiteres Vorgehen in Abhängigkeit vom Prüfungsergebnis	258
aa) Sicherstellung der weiteren Verwendung	258
(1) Umgang mit neuer und neuwertiger Ware	259
(2) Umgang mit nicht neuwertiger Ware	260
(a) Aktive Erhaltungsmaßnahmen	261
(b) Änderung der Zweckbestimmung	263
bb) Keine Funktionsfähigkeit im aktuellen Zustand	264

c) Zwischenergebnis	266
3. Steuerungstheoretische Einordnung des Obhutspflicht-Mechanismus ...	267
a) Prüf- und Dokumentationspflicht	267
b) Weitergehende Maßnahmen und Instrumente	268
aa) Verbot	268
bb) Pflicht zur Vornahme von Erhaltungs- und Aufbereitungsmaßnahmen	269
c) Zusammenfassende Betrachtung	271
4. Vereinbarkeit des Obhutspflicht-Mechanismus mit Grundrechten des GG	272
a) Prüfung am Maßstab des GG und Abgrenzung	272
b) Berufsfreiheit	274
aa) Prüf- und Dokumentationspflicht	275
bb) Verbot	276
cc) Weitergehende Maßnahmen	276
dd) Besserstellung von KMU	278
c) Eigentumsrecht	278
d) Grundrechte im Instrumentenverbund	280
III. Gesamtbewertung	281
D. Offenlegungspflicht im KrWG und im Verordnungsentwurf auf Unionsebene ..	282
I. Indirekte Wirkungen einer Offenlegungspflicht	283
II. Tauglichkeit einer Offenlegungspflicht als eigenständiges Instrument im Kampf gegen Warenvernichtung	285
III. Steuerungstheoretische Analyse und Bewertung der potenziellen und geplanten Regelungen unter Berücksichtigung ihrer Konzeption	286
1. Offenlegungspflicht nach dem KrWG	287
2. Offenlegungspflicht im Verordnungsentwurf auf Unionsebene	288
3. Zwischenfazit	290
IV. Vereinbarkeit mit Grundrechten	291
1. Offenlegungspflicht nach dem KrWG	291
a) Prüfungsmaßstab	291
b) Gerechtfertigter Eingriff in Art. 12 Abs. 1 GG	292
2. Offenlegungspflicht im Verordnungsentwurf auf Unionsebene	294
V. Gesamtbewertung	296
E. Wertende Gesamtbetrachtung der untersuchten Instrumente	296
I. Gegenüberstellung der Instrumente	296
II. Vorzugswürdigkeit des Obhutspflicht-Mechanismus	297
1. Vorzugswürdigkeit anhand der Instrumentenauswahlkriterien	297
2. Vorteile der Instrumentenkombination	300
III. Fazit	301

Teil 4

Rechtspolitischer Ausblick	302
A. Vorzugswürdigkeit einer unionsweiten Regelung	302
B. Einfügung des Obhutspflicht-Mechanismus in das Unionsrecht	303
I. Vereinbarkeit mit unionalen Vorgaben	303
1. Die Wahl der richtigen Kompetenzgrundlage	304
a) Kompetenzgrundlage des Art. 114 AEUV	304
b) Rechtsprechung des EuGH als Prüfungsmaßstab	305
c) Ziel und Inhalt des Verordnungsentwurfs	305
d) Analyse und Schlussfolgerung	308
2. Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeit	310
3. Vereinbarkeit mit der Warenverkehrsfreiheit	311
a) Beeinträchtigung des Schutzbereichs	312
b) Rechtfertigung	313
aa) Rechtfertigungsgründe	313
bb) Verhältnismäßigkeit	314
4. Vereinbarkeit mit Unionsgrundrechten	315
II. Möglichkeit der Änderung des Verordnungsentwurfs auf Unionsebene	316

Teil 5

Zusammenfassung und Schlussbemerkung	318
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	318
B. Schlussbemerkung	324
Literaturverzeichnis	325
Stichwortverzeichnis	349

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
AbfallR	Zeitschrift für das Recht der Abfallwirtschaft
AbfG	Abfallgesetz
AbfRL	Abfallrichtlinie
AbfRRL	Abfallrahmenrichtlinie
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	Alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
Akt.	Aktualisierung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BattG	Batteriegesetz
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
ber.	berichtigt
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BR-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BWL	Betriebswirtschaftslehre
bzw.	beziehungsweise
B2B	business to business
ca.	circa
CB	Compliance Berater (Zeitschrift)
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CEAP	circular economy action plan
ChemG	Chemikaliengesetz
COM	Dokumente der Europäischen Kommission
CSR	corporate social responsibility
C2B	consumer to business
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Dok.	Dokument
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Drs.	Drucksache
DSD	Duales System Deutschland
DV	Die Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
-E	Entwurf
ebd.	ebenda
ECLI	Europäischer Rechtsprechungs-Identifikator
Ed.	Edition
EG	Europäische Gemeinschaft
Einf.	Einführung
EL	Ergänzungslieferung
ElektroG	Elektro- und Elektronikgerätegesetz
ElektroStoffV	Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung
EMAS	Umweltmanagement- und -Audit-System der Europäischen Union
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
EPR	extended producer responsibility
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
et al.	et alii (und andere)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union

EUR	Euro
EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	Eingetragener Verein
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWKVerbotsV	Einwegkunststoffverbotsverordnung
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
f./ff.	folgende Seite/n
FAQ	frequently asked questions/häufig gestellte Fragen
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GehSchRL	Geheimnisschutzrichtlinie
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GK-KrWG	Gemeinschaftskommentar zum Kreislaufwirtschaftsgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GVwR	Grundlagen des Verwaltungsrechts
HDE	Handelsverband Deutschland e. V.
HGB	Handelsgesetzbuch
HMUKLV	Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Hrsg.	Herausgeber
i. d. R.	in der Regel
i. e. S.	im engeren Sinne
IGT	Interessengemeinschaft Tabakwirtschaft e. V.
insb.	insbesondere
i. R. d.	im Rahmen des/der
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JbStuVerw.Wiss	Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft
jew.	jeweils
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KMU	Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen

KrW-/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
LAGA	Bund/Länder Arbeitsgemeinschaft Abfall
lit.	litera (Buchstabe)
LkSG	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
LMuR	Lebensmittel und Recht (Zeitschrift)
Mio.	Million(en)
MPIfG	Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung
Mrd.	Milliarden
MüKo	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NABU	Naturschutzbund Deutschland e. V.
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NKRG	Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates
No.	number
Nr.	Nummer
NRW	Land Nordrhein-Westfalen
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o. ä.	oder ähnlich(e/s)
OECD	Organisation für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung
OVG	Oberverwaltungsgericht
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
ProgRess III	Deutsches Ressourceneffizienzprogramm III 2020–2023
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
S.	Seite
sog.	sogenannt/e/r
SPI	Sustainable Products Initiative
SRU	Rat von Sachverständigen für Umweltfragen
StGB	Strafgesetzbuch
u. a.	unter anderem/und andere
UAbs.	Unterabsatz
UBA	Umweltbundesamt
UIG	Umweltinformationsgesetz
UNEP	United Nations Environment Programme
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
Urt.	Urteil
UStG	Umsatzsteuergesetz
uwf	Umweltwirtschaftsforum (Zeitschrift)

v.	von/vom
v. a.	vor allem
Var.	Variante
VCI	Verband der Chemischen Industrie e. V.
verb. Rs.	verbundene Rechtssache
VerpackG	Verpackungsgesetz
VerpackV	Verpackungsverordnung
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VerwR	Verwaltungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VO-E	Verordnungsentwurf COM(2022)142
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WTO	World Trade Organization
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZSVR	Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister
z. T.	zum Teil
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

Teil 1

Einleitung

A. Wegwerfgesellschaft und Ressourcenschutz

„Der *Earth Overshoot Day* zeigt, dass das derzeitige Produktions- und Konsumsystem nicht mit der Absicht vereinbar ist, unseren Planeten weiterhin zu bewohnen.“¹

Dieser drastische Befund zum *Earth Overshoot Day* am 28. Juli 2022 fasst eindrücklich eine der zentralen Herausforderungen der Weltbevölkerung zusammen: Das Problem der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und die mit ihrer Nutzung verbundenen negativen Umweltauswirkungen in Einklang zu bringen mit den gewachsenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, Konsum- und Verhaltensmustern. Dahingehende Konzepte existieren zahlreich. Sie reichen von radikalen Forderungen nach fundamentalen und ganzheitlichen Veränderungen des gesamten wachstumsbasierten Politik- und Wirtschaftssystems (Bsp.: ‚*degrowth*‘²) bis hin zu wenig wachstumskritischen punktuellen Ansätzen, die neue ökonomische Chancen durch technologischen Fortschritt in den Mittelpunkt rücken (Ideen von ‚*green growth*‘³). Insgesamt herrscht die Einsicht vor, dass zirkuläre Strukturen ein lineares Wirtschaften ablösen müssen.⁴ Dabei darf

¹ Kommentar des ecuadorianischen Ministers für Umwelt, Wasser und ökologischen Wandel, *Gustavo Manrique*, am 28.07.2022, dem für das Jahr 2022 von Global Footprint Network errechneten *Earth Overshoot Day*, vgl. <https://www.overshootday.org/newsroom/press-release-july-2022-german/>; der ‚Weltüberlastungstag‘ gibt den Zeitpunkt an, an dem alle nachhaltigen Ressourcen verbraucht sind, die das Ökosystem der Erde innerhalb eines ganzen Jahres herstellen kann. Seit 1961 rückt der Tag kontinuierlich weiter nach vorne im Kalender; für weitere Informationen und Methodik siehe <https://www.footprintnetwork.org/our-work/earth-overshoot-day/>.

² Instruktiv *Kallis/Kostakis et al.*, *Annual Review of Environment and Resources* 43 (2018), 291; siehe dazu auch die Beiträge in *Flipo/Schneider* (Hrsg.), *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity*, Paris, 18.–19. April 2008.

³ Diesen Ansatz verfolgt u. a. die *Organisation für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD), siehe dazu *Capozzai/Ivana/Samson*, *Towards Green Growth in Emerging Market Economies: Evidence from Environmental Performance Reviews*, OECD Green Growth Papers No. 1, 2019; auch die Programme der Europäischen Union (EU) basieren auf einer wachstumsorientierten Grundidee, siehe dazu noch Teil 1, D.

⁴ Die Notwendigkeit des Endes der Linearwirtschaft wird – soweit ersichtlich – allgemein anerkannt. Aus der Forderung nach zirkulären Strukturen entstand u. a. das Konzept der ‚*circular economy*‘, instruktiv *Ellen MacArthur Foundation* (Hrsg.), *Towards the Circular Economy* Vol. 1, 2013; vgl. auch die knappe Darstellung bei *Petersen*, NVwZ 2022, 921.

bei allem guten – und zu begrüßenden – Willen zur Transformation jedoch der Umstand nicht in den Hintergrund rücken, dass das Fortschreiten des übermäßigen Ressourcenverbrauchs zum Schutz der Lebensgrundlagen und damit für das Wohlergehen jetziger und künftiger Generationen sowie zur Erhaltung des Planeten sofort gestoppt oder jedenfalls erheblich eingedämmt werden muss.⁵ Unter anderem dieses überragend wichtige Ziel verfolgt der Umwelt- und Ressourcenschutz, der auf allen politischen Ebenen eine zentrale Stellung einnimmt.⁶

In eklatantem Widerspruch dazu steht ein Umgang mit Waren, wie er erstmals durch Recherchen von *Wirtschaftswoche* und *Frontal21* bei der Onlinehändlerin⁷ Amazon Mitte des Jahres 2018 aufgedeckt wurde: Retournierte Ware wird – z. T. unabhängig von ihrem Zustand – vernichtet.⁸ Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass dieses Vorgehen nicht nur bei Onlinehändlerinnen, sondern auch in Bereichen des stationären Handels stattfindet.⁹ Eine Studie der Forschungsgruppe Retourenmanagement der Universität Bamberg aus dem Jahr 2018/2019 kommt

⁵ Vgl. die besorgniserregenden Prognosen für das Jahr 2050 in *United Nations Environment Programme* (UNEP), *Global Resources Outlook*, 2019; *OECD*, *Global Material Resources Outlook to 2060*, 2019.

⁶ Siehe hierzu auf internationaler Ebene neben den in Teil 1 Fn. 5 zitierten Berichten *UNEP*, *GEO-6 Global Environment Outlook*, 2019; auf EU-Ebene vgl. u. a. Art. 3 Abs. 3 des Vertrages über die Europäische Union (EUV), ABl. EU C 326 v. 26.10.2012, S. 13; Art. 11, 191 ff. des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), ABl. EU C 326 v. 26.10.2012, S. 47; Art. 37 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh), ABl. EU C 326 v. 26.10.2012, S. 391; sowie Mitteilung der Kommission: Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, COM/2011/0571 final; auf deutscher Ebene existiert u. a. ein Ressourceneffizienzprogramm, *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit* (BMU) (Hrsg.), *Deutsches Ressourceneffizienzprogramm III – 2020–2023*, 2020 (Progress III).

⁷ Im Rahmen dieser Untersuchung wird auf zahlreiche Bezeichnungen eingegangen werden, die sich sowohl auf natürliche als auch juristische Personen beziehen können (z. B.: Hersteller, Vertreiber, Händler etc.). Da es auf diese Unterscheidung nicht maßgeblich ankommt, wird zur Vereinfachung unterstellt, dass dahinter juristische Personen stehen. Dies dürfte in der wirtschaftlichen Praxis den Regelfall darstellen. Als Konsequenz folgt, dass diese Begriffe einer geschlechterneutralen Sprache nicht zugänglich sind, da es sich dabei nicht um Menschen handelt. Da es sich aber i. d. R. um Personengesellschaften (GmbH, AG etc.) handeln dürfte, wird das generische Femininum verwendet, soweit nicht Normen oder Rechtsprechung zitiert oder wiedergegeben werden, in denen die maskuline Form verwendet wurde. Dieses Vorgehen wird angewendet, soweit nicht offensichtlich ausschließlich natürliche Personen gemeint sein können (so z. B. auch für den Begriff des Abfallbesitzers).

⁸ Vgl. *Wirtschaftswoche*: „Amazon vernichtet massenhaft Neuware“ v. 08.06.2018, abrufbar unter <https://www.wiwo.de/unternehmen/handel/das-ist-ein-riesengrosser-skan-dal-amazon-vernichtet-massenhaft-neuware/22658544.html>; *Frontal21* v. 12.06.2018, abrufbar unter <https://www.zdf.de/politik/frontal/amazon-vernichtet-tonnenweise-ware-100.html>.

⁹ Vgl. die Pressemitteilung des *BMU* v. 08.08.2019, abrufbar unter <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-das-blosse-vernichten-neuwertiger-ware-wollen-wir-unterbinden/>; *Tagesspiegel*: „Amazon, H&M und Co. in der Kritik“ v. 11.06.2019, abrufbar unter <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/welche-retouren-werden-am-hautigsten-vernichtet-5331583.html>; umfassend zu Retouren *Umweltbundesamt* (UBA),

zwar zu dem Ergebnis, dass der Anteil der entsorgten Retouren im Gesamtmarkt E-Commerce mit 3,9 % gering ausfalle und die Entsorgung in diesem Bereich daher die Ausnahme und nicht die Regel sei.¹⁰ Allerdings dürfte die Aussagekraft der Studie begrenzt sein, da die Teilnehmerinnen der Umfrage einen E-Commerce-Umsatz in Höhe von 5,5 Mrd. EUR auf sich vereinen, was lediglich 8,4 % des gesamten deutschen E-Commerce-Umsatzes aus dem Jahr 2018 entspricht.¹¹ Eine verlässliche Datengrundlage zum stationären Handel fehlt nach wie vor. Das Motiv für eine Entsorgung ist häufig wirtschaftlicher Natur, wobei auch insoweit auf die mangelhafte Verfügbarkeit entsprechender Daten hinzuweisen ist.¹² Selbst wenn mit der derzeitigen unzureichenden Studienlage davon ausgegangen wird, dass das Vernichtungsaufkommen gering ist, steht dieses Vorgehen aber auch bei nur geringem Umfang konträr zu allen Anstrengungen des Ressourcenschutzes.¹³ Die im Produkt verarbeiteten Ressourcen werden nicht ein einziges Mal dem Produktzweck entsprechend verwendet, wenn neue Ware vernichtet wird. Auch hinsichtlich der darüberhinausgehend für die Produktion aufgewendeten Ressourcen liegt eine Verschwendung vor, wenn das Produkt nicht verwendet, sondern nur vernichtet wird. Damit hat die „Wegwerfgesellschaft“¹⁴ ein neues Ausmaß erreicht. Zudem zeigt die stetige Aufdeckung neuer Fälle von Warenvernichtung einen fortschreitenden Entwicklungstrend,¹⁵ und das, obwohl das öffentliche und mediale Bewusstsein zunimmt.

Produktverantwortung Onlinehandel, 2020, S. 211 ff.; mit Nachweisen für den stationären Handel *UBA*, Ökologisierung Onlinehandel, 2021, S. 143.

¹⁰ Vgl. die Zusammenfassung der unveröffentlichten Studie zur Ergänzung des Retourentachos 18/19 in der Pressemitteilung v. 09.10.2019, abrufbar unter <http://www.retourenforschung.de/info-hintergruende-der-retourenentsorgung—studie-ausgewertet.html>.

¹¹ Auch das *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz* (BMUV) weist mit Stand vom 03.03.2023 darauf hin, dass es nur wenige aussagekräftige Zahlen zur Warenvernichtung gibt, vgl. FAQ Warenvernichtung, abrufbar unter <https://www.bmu.de/faqs/warenvernichtung>.

¹² Die Forschung in Bezug auf den Onlinehandel wird vor allem durch die Forschungsgruppe Retourenmanagement der Universität Bamberg vorangetrieben, vgl. <http://www.retourenforschung.de/index.html>; auch das *UBA*, Produktverantwortung Onlinehandel, 2020, S. 211 ff. weist auf die mangelhafte Datenlage hin; zu erkennbar wirtschaftlich motivierter Vernichtung im stationären Handel vgl. die Beispiele in *UBA*, Ökologisierung Onlinehandel, 2021, S. 143.

¹³ Zu den Umweltwirkungen der Vernichtung von Retouren beispielhaft anhand von ausgewählten Produktgruppen (Bekleidung, Elektro) *UBA*, Ökologisierung Onlinehandel, 2021, S. 134.

¹⁴ Diese Zuschreibung existiert nicht erst kürzlich, siehe in der Rechtswissenschaft schon *Franßen*, in: Bender/Breuer/Ossenbühl/Sendler (Hrsg.), FS Redecker, 1993, S. 457, 461; zur Entstehung dieser Mentalität *König*, Geschichte der Wegwerfgesellschaft, 2019, passim.

¹⁵ Vgl. die erneuten Recherchen zu *Amazon*, die im Oktober 2022 veröffentlicht wurden, abrufbar unter <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/operation-remove-interne-unterlagen-zeigen-wie-amazon-hunderte-tonnen-teils-neuwertiger-produkte-wie-lap-tops-wegwirft-a/>.